Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 14. Jg. • März 2014 • Nr. 39

25. Mai 2014: Wahlen zur Bezirksversammlung Hamburg-Nord und Europawahl!

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 25. Mai 2014 geht für uns Genossinnen und Genossen in Hamburg und damit auch im Kreis Hamburg-Nord ein Wahlmarathon zu Ende.

Nach den Organisationswahlen in den Distrikten und im Kreis und den teilweise parallel stattfindenden Vertreter- und Kandidatenaufstellungen für die Bezirksversammlungswahlen in den Wahlkreisen und im Bezirk geht es schließlich „ans Eingemachte“: wir wählen gleichzeitig mit der Europawahl eine neue Bezirksversammlung.

In unserem Kreis sind wir sowohl mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten als auch mit dem Bezirkswahlprogramm, das wir in mehreren Runden und unter Einbeziehung aller interessierter Genossinnen und Genossen erarbeitet haben und auf der Kreisdelegiertenversammlung am 21.02.2014 in großem Einvernehmen verabschiedet haben, sehr gut aufgestellt.

Auch hat die Kreisvertreterversammlung für die Aufstellung der Bezirksliste am selben Tag alle Vorschläge des Kreisvorstandes bestätigt. Wenn also weiterhin die alte Losung gilt „Einigkeit macht stark“, dann sollte doch am 25. Mai alles gut gehen!

In diesem Sinne:

Solidarische Grüße,

Euer

Urs Tabbert

Inhaltsverzeichnis

Bezirkspolitik
Bürgerbeteiligung gegen CDU-Wahnsinn verteidigen....3
Die Grenzen der Bürgerbeteiligung.....4
Ein Jugendbeirat für Hamburg-Nord.....5

Fair Trade
Global denken, lokal handeln..6

Jubiläum
Die Präsidentin 7

Arbeitskreise
Neuaufstellung des Arbeitskreises Soziale Stadt..8

AsF
Politik für Frauen von Frauen in Hamburg Nord 9
Bei der gleichberechtigen Bezahlung ist Deutschland EU-Schlusslicht.....9
Welche Frau wählt und welche wählt nicht? 9

Abgeordnetenbüros 10

Kreisvorstand 11

Veranstaltungen 12

Impressum 12

Leitlinien

Liebe Genossinnen und Genossen,
am 25. Mai 2014 werden die Bezirksversammlungen zum ersten Mal nicht zeitgleich mit der Bürgerschaft, sondern zusammen mit dem Europäischen Parlament gewählt. Die Trennung der beiden „Hamburg-Wahlen“ soll die eigenständige politische Arbeit und Bedeutung der Bezirke unterstreichen.

In Brüssel werden viele Entscheidungen getroffen, von denen wir in Deutschland stark betroffen sind. Zur Banken- und Finanzmarktkrise, zu Maßnahmen gegen internationale Steuerhinterziehung oder für besseren Verbraucherschutz. Für das konkrete Leben in den Stadtteilen in Hamburg ist die Bezirkspolitik von großer Bedeutung.

Eines unser wichtigsten Themen ist die Aktivierung des Wohnungsbaus, der in den Jahren der CDU-Regierung zum Stillstand gekommen ist. SPD-Senat und Bezirke haben in den vergangenen drei Jahren mit einer großen gemeinsamen Anstrengung den Bau von 25.000 neuen Wohnungen genehmigt, davon über 6.500 im Bezirk Hamburg-Nord. Dabei kümmern wir uns auch um gute Verkehrsanbindungen, Schulen, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, Grünanlagen und Angebote für ältere Menschen.

Für die SPD sind die Stimmung und Umfragewerte in Hamburg gut. Die Bürgerinnen und Bürger interessieren sich sehr für die Themen ihrer Stadt, die sich nur mit einer starken sozialdemokratischen Politik weiter gut entwickelt. Unser Programm zur Bezirkswahl 2014 beschreibt, wie wir die sozialdemokratische Kommunalpolitik in unserem Bezirk in den kommenden fünf Jahren fortsetzen wollen.

Der gemeinsame Termin mit den Bezirkswahlen kann auch die Beteiligung an der Europawahl verbessern. Wir haben gute Aussichten, am 25. Mai wieder die bestimmende Kraft in der Bezirken zu werden und mit Martin Schulz einen deutschen Sozialdemokraten als Präsidenten der Europäischen Kommission zu stellen.

Das sind gute Gründe für einen engagierten Wahlkampf zusammen mit unserem Europaabgeordneten Knut Fleckenstein und unseren Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksversammlung Hamburg-Nord!

Herzliche Grüße

Peter Tschentscher
Kreisvorsitzender

Rechtsanwälte Marc Kaiser & Urs Tabbert

Kompetenzen:
Allgemeines Zivilrecht
Arbeitsrecht
Strafrecht
Mietrecht
Internetrecht
Gewerblicher Rechtsschutz
Verbraucherschutzrecht
Hochschulrecht
Prüfungsrecht
Personalvertretungsrecht
Scheidungen, Erb- und Verkehrsrecht

Sprechzeiten: Montag–Freitag 10–18 Uhr

Möllner Landstraße 20 · 22111 Hamburg
Tel.: 0 40/736 798 11 · Fax: 0 40/736 798 12

Busbeschleunigung Mühlenkamp

Bürgerbeteiligung gegen CDU-Wahnsinn verteidigen

Auf einen Kaffee in der Sonne sitzen, samstags über den Goldbekmarkt schlendern oder schnell mal zum Arzt – früher hätte man den Mühlenkamp mitten in Winterhude wohl als Dorfmittelpunkt bezeichnet

Von Heike Lucas und Carsten Gerloff

Der Mühlemkamp ist ein quirliges Zentrum, das für Fußgänger, Autofahrer, Radfahrer und Busbenutzer – man soll hier auch schon mal Eppendorfer und Uhlenhorster gesehen haben – problemlos zu erreichen ist. Und eben weil dieser Mühlenkamp so beliebt und belebt ist, kommt es zwischen all den Besuchern und Anwohnern auch schon mal zu Nutzungskonflikten oder anders ausgedrückt: Es staut sich alles, keiner kommt mehr durch. Auch die Busse der Linien 6 (von der Feldstraße über Rathaus, St. Georg und Winterhude zum Stadtpark) und 25 (von Altona über Eimsbüttel, Eppendorf und Winterhude nach Hammerbrook) nicht. Die Lösung schien auf

der Hand zu liegen: Der Verkehr muss neu geregelt werden, die Prioritäten zwischen öffentlichem Nahverkehr und Individualverkehr benötigen neue Prioritätensetzung.

Das war also vor über einem Jahr der Ausgangspunkt, an dem der Regionalausschuss Eppendorf/Winterhude in die Umgestaltung des Mühlenkamps im Rahmen des Busbeschleunigungsprogramms von der LSBG in den Planungsprozess mit einbezogen wurde. Ein runder Tisch und mehrere Sitzungen einer Planungswerkstatt Mühlenkamp unter enormer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger macht es nun möglich, dass sich die Umgestaltung des Mühlenkamps auf der Zielgeraden befindet.

Jetzt können viele, natürlich nicht alle, Wünsche und Ideen der Bürger umgesetzt werden: So werden auf der gesamten Länge des Mühlenkamps Fahrradstreifen aufgebracht, Tempo 30 in der Gertigstraße umgesetzt und im Mühlenkamp geprüft.

Die ehemals geplante Verlegung der Bushaltestelle Mühlenkamp/Gertigstraße ist vom Tisch. Nun wird eine barrierefreie Haltestelle an altem Ort errichtet. Die dafür zu fällenden Bäume (voraussichtlich 2) sollen mindestens eins zu eines im südlichen

Teil ersetzt werden. Und damit die Gewerbetreibenden sich auch weiterhin auf einen quirligen und umsatzstarken Mühlenkamp verlassen können, wird das Parken tagsüber zum Kurzzeitparken. Darüber hinaus entfällt die geplante „unechte“ Einbahnstraße an der Gertigstraße, so dass die Belieferung der Einzelhändler immer noch von beiden Seiten möglich ist. Die SPD-Fraktion im Regionalausschuss findet: Insgesamt eine für alle Verkehrsteilnehmer und die Mehrheit der Anwohner gute Lösung.

Aber auch eine gute Lösung findet nicht überall Zustimmung, vor allem, wenn unter dem Deckmäntelchen der Bürgerbeteiligung unsachgemäße Politik betrieben wird: So hat es die CDU-Fraktion den gesamten Prozess über verstanden, Anwohnerinnen und Anwohner für ihre destruktive Oppositionspolitik zu instrumentalisieren und dafür zu sorgen, dass bei öffentlichen Anhörungen vor allem der Teil der Bevölkerung anwesend war, der möchte, dass alles so bleibt wie es ist und der dann von der CDU mit entsprechenden Anträgen unterstützt wurde. Anträge einzubringen ist das Recht und sogar die Pflicht der Opposition. Das nächste Mal aber bitte mit Argumenten und Augenmaß. Denn auch Bürgerbeteiligung ist ein demokratisches Recht, das mit Respekt behandelt werden sollte.

Die Grenzen der Bürgerbeteiligung

Von Thomas Domres

Wir leben in einer wunderbaren Stadt mit einer wunderbaren Bevölkerung. Unsere Mitbürger teilen unsere wohnungspolitischen Ziele grundsätzlich. Wir sind uns einig, dass wir Wohnungen bauen müssen, um bezahlbaren Wohnraum in Hamburg anbieten zu können und den Menschen mit einem durchschnittlichem Einkommen in Hamburg zu halten.

Unser Wohnungsbauprogramm/der Vertrag für Hamburg sind zu sozialdemokratischen Markenzeichen geworden. Spannend wird es aber immer dann, wenn es konkret wird. Dann schwindet die Zustimmung zu unserer Politik. Ich kann mich an keinen Fall erinnern, in dem ein Bauvorhaben auf die Begeisterung von Betroffenen getroffen wäre.

Interessant sind aber die dazu gehörenden Reaktionen. In den Gesprächen und öffentlichen Debatten zu einem Bauvorhaben gibt es gerne und reichlich Hinweise auf sonst noch vorhandene Baupotentiale – die liegen natürlich immer „woanders". Diese Vorschläge haben in der Regel eines gemeinsam: Sie stehen nicht zur Verfügung.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem das dann geklärt ist, kommt es dann zur zweiten Stufe: es wird die Notwendigkeit des Wohnungsbaus grundsätzlich bestritten.

Folge, falls wir unser Vorhaben nicht aufgeben: es wird eine Bürgerinitiative gebildet, die dieses Projekt stoppt.

Es gibt viele, auch in unserer Partei, die glauben, ein örtlicher Widerstand sei durch eine "bessere Bürgerbeteiligung" zu verhindern.

Das widerspricht allen Erfahrungen. Ich will das mit einem Beispiel illustrieren: Vor ca. sechs Jahren kamen wir auf die Idee, das sogenannte Pergolenviertel für den Wohnungsbau zu entwickeln.

Dort sollen auf jetzt ca. 30 ha Kleingärtenfläche künftig sechs ha Kleingärten und ca. zehn ha Flächen für Wohnungsbau. Das wären nach unseren Überlegungen fast 1.400 Wohnungen. Für die Kleingärtner würde dies bedeuten, dass von den jetzt 330 Kleingärten nur noch 150 vor Ort verbleiben würden.

In der Folge haben wir dann Anwohner- und Nutzerbefragungen durchgeführt sowie Planungsworkshops mit externer Moderation. Ein „wir treten hier an, um für Sie sicher zu stellen, dass unser Bezirk weiter ordentlich und im Sinne des Bürgermeisters geführt wird". Im Ergebnis konnten wir ein entscheidendes Problem nicht auflösen: unterschiedliche Interessen!

Nach allen diesen Verfahrensschritten konnten wir naturgemäß diejenigen Kleingärtner nicht überzeugen, deren Flächen wir Überplanen wollten.

Hier wird auch das Grundproblem aller Beteiligungsprojekte deutlich: Interessengegensätze können so nicht aufgelöst werden.

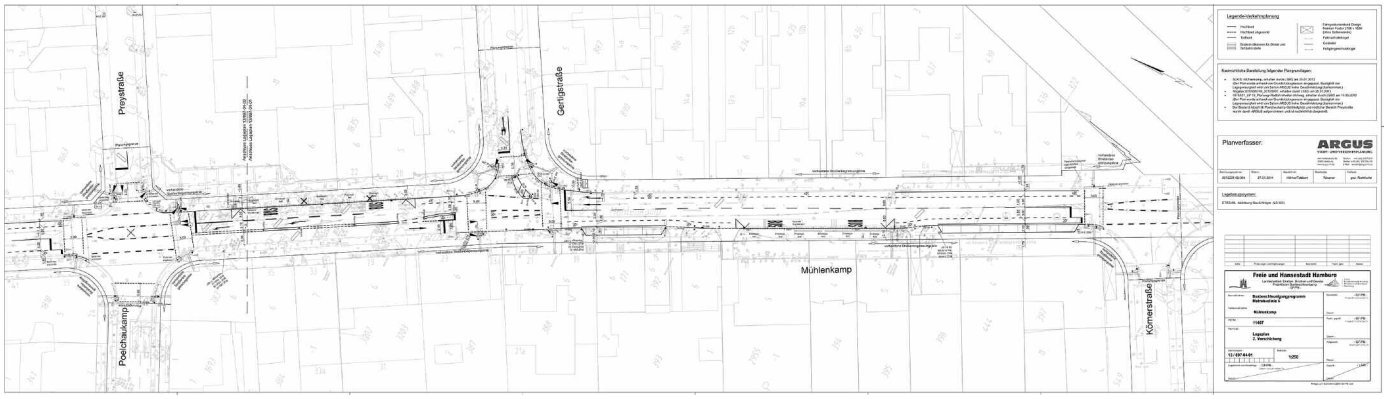
Bürgerbeteiligung lässt Interessengegensätze nicht verschwinden

Wir müssen endlich eine ehrliche Debatte über Ziele und Grenzen von Beteiligungsverfahren führen. In einer parlamentarischen Demokratie kann es in solchen Verfahren nicht um das Ob (das wird in den zuständigen Gremien entschieden), sondern nur um die Ausgestaltung, das Wie, gehen.

Viele werden jetzt sagen: „so fördert man Politikverdrossenheit!"

Ich glaube das nicht. Es ist schlicht ehrlich und Politikverdrossenheit erzeugt man dann, wenn man falsche Erwartungshaltungen weckt. Mit der zur Zeit vorherrschenden Haltung zu Beteiligungsprozessen, einer Haltung, die bei Betroffenen die Idee entstehen lässt, es gäbe ein Anwohnerveto, erzeugen wir dauerhaften Ärger. Ich glaube nicht, dass Weisung und Evokation dauerhaft geeignet sind eine Stadt zu entwickeln.

Bürgerbeteiligung ist notwendig, aber Ziele und Grenzen müssen endlich klar beschrieben werden.



Ein Jugendbeirat für Hamburg-Nord

Am 21. Februar 2014 hat die Kreisdelegiertenversammlung Hamburg-Nord das Wahlprogramm für die Bezirkswahlen nahezu einstimmig angenommen. Neben vielen Eckpunkten unserer zukünftigen Bezirkspolitik, ist der Entschluss zur Einführung eines Jugendbeirats als besonders positiv hervorzuheben.

Von Alexander Kleinow

Die Bezirkswahlen am 25. Mai 2014 sind in mehrfacher Hinsicht ein Novum. Nicht nur finden die Bezirkswahlen erstmals losgelöst von Bürgerschafts-, aber parallel zu den Europawahlen statt. Premiere hat auch das Wahlrecht mit 16. Der positive Effekt für die kommenden Erstwählerinnen und -wähler ist, dass ihre Bedürfnisse und Anliegen so noch stärker in den Fokus der Bezirkspolitik rücken.

Die Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist im Januar 2013 mit Zweidrittelmehrheit von der Hamburgischen Bürgerschft verabschiedet worden. Angesichts sinkender Wahlbeteiligung ist die Bindung junger Menschen an Politik durch Beteiligung mittlerweile eine Frage der Nachhaltigkeit unserer Demokratie. Flankiert wird die Herabsenkung durch entsprechende Unterrichtsinhalte an den Schulen.

Bürgerbeteiligung über Wahlen hinaus – insbesondere an Bezirkspolitik – ist schon lange kein bloß gebilligtes, sondern vielmehr ein seitens der Bevölkerung zu Recht aktiv eingefordertes und akzeptiertes Instrument. Beteiligungsprozesse mittels Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sind längst im politischen Alltag Hamburgs angekommen, wie die erfolgreichen Volksentscheide der letzten Jahre zeigen.

Bürgerbeteiligung in Form von Volksentscheiden ist jedoch stets ultima ratio, also der Konfliktfall, wenn vorherige Gespräche und Verhandlungen von Politik und Initiativen erfolglos waren. Offen bleibt die Frage, wie derart konfrontative Situationen bereits durch früher einsetzende Beteiligungsformen abgemildert werden könnten. Hier ist unser Mut gefragt, denn die Verfahren der Bürgerbeteiligung sind noch nicht ausgereift. In neue Gefilde vorzustoßen, gemeinsam etwas zu wagen, ist aber immer unser Antrieb gewesen – so muss es auch hier sein.

Neue Wege der Bürgerbeteiligung erschließen!

Ein Blick über den Tellerrand Hamburgs verrät, wie in vielen Flächenländern mit Bürgerbeteiligung umgegangen wird. Dort zeigen sich interessante und vielversprechende neue (informelle) Verfahren zur aktiven Bürgerbeteiligung. In Stuttgart beispielsweise finden sich unter dem Stichwort „Bürgerversammlung“ regelmäßig VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern zusammen, um über lokale Politik zu diskutieren. Ein Modell, das sich näher angeschaut gehört und dessen Umsetzung auch für Hamburg-Nord durchaus reizvoll sein könnte.

Mit Jugendbeiräten können wir jungen Menschen diesen Weg gleich zu Beginn aufzeigen.

Für junge Menschen muss die Kommunalpolitik erlebbar sein. Mit den Wahlen ab 16 ist ein großer Schritt getan. Erstwähler und -wählerinnen, die gerade 16 geworden sind, werden erst mit 21 wieder nach ihrer Meinung über die Bezirkspolitik gefragt.

Kommunalpolitik für junge Menschen erlebbar machen

Für die Zeit zwischen den Wahlen muss tatsächlich damit gerechnet und auch darauf gehofft werden, dass sich junge Menschen einbringen wollen werden. Hierfür wollen geeignete Plattformen geschaffen sein. Für die Seniorinnen und Senioren existiert sowohl auf Landes- als auch Bezirksebene ein Seniorenbeirat. Dieser wird in allen Belangen gefragt, die typischerweise Seniorinnen und Senioren betreffen. Eine solche Plattform kann es auch für Jugendliche geben. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass auch die KDV dem Beschluss des Distrikts Barmbek-Mitte gefolgt ist und auch auf Kreisebene die Einführung eines Jugendbeirats begrüßt wurde.

Hamburg-Nord kann mit der Einführung und Beteiligung junger Menschen nur gewinnen. Der viel zitierte Satz Willy Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ gilt auch

und gerade auf bezirklicher Ebene. Gleichzeitig können junge Menschen lernen, dass jede gewonnene Freiheit, jede Mitwirkungsmöglichkeit auch wachsende Mitverantwortung bedeutet. Wenn junge Menschen dies erkennen, ist für unsere Demokratie viel gewonnen. Im Übrigen sei angemerkt, dass mit der Gründung eines Jugendbeirats auch die gesetzliche Regelung des § 33 des Bezirksverwaltungsgesetzes nachvollzogen würde: Danach haben die Bezirksämter bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise zu beteiligen. Wie dieser Prozess ausgestaltet wird, schreibt das Gesetz allerdings nicht vor und lässt damit viel politischen Spielraum zur Ausgestaltung.

Mit der Einführung eines Jugendbeirats wird die künftige Fraktion in der Bezirksversammlung beauftragt sein. Damit dies schnellstmöglich passieren kann, wird vorgeschlagen, bestehende Strukturen zu nutzen und den Kreisschülerrat Hamburg-Nord näher an die Bezirksversammlung heranzuholen. Wahlen finden für dieses Gremium regelmäßig statt und könnten mit denen zum Jugendbeirat kombiniert werden. Wichtig ist, dass der Prozess der Beteiligung der unter 18 jährigen Menschen in Hamburg-Nord zügig angestoßen wird. Außerordentlich begrüßenswert wäre es, wenn schon bei der weiteren Ausgestaltung der Mitbestimmung die Wünsche junger Menschen berücksichtigt würden.

Global denken, lokal handeln: Hamburg stärkt den Fairen Handel

Bürgerschaft beschließt einstimmig SPD-Antrag für mehr „Fair Trade“ in Hamburg

Von Sven Tode

Dieses Logo steht für fair gehandelte Produkte
Foto: M. Ersch / Transfair e.V.

Der Reichtum unserer Stadt basiert ganz wesentlich auf dem Handel mit Gütern aus aller Welt, vor allem über den Hafen. Deshalb muss es besonders für uns Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein wichtiges Anliegen sein, dass nicht nur wir einseitig von diesem Reichtum profitieren, sondern dass auch im globalen Handel Gerechtigkeit und Solidarität mehr und mehr verwirklicht werden. Und das bedeutet konkret: Faire Einkommen und Arbeitsbedingungen auch für die Bäuerinnen und Bauern, die Arbeiterinnen und Arbeiter in der sogenannten Dritten Welt.

Auf diese Zusammenhänge hatte Willy Brandt, der am 18. Dezember vor 100 Jahre geboren wurde, bereits 1980 in seinem berühmten „Nord-Süd“-Bericht an die Vereinten Nationen hingewiesen und eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ gefordert. Dieses Ziel ist heute noch so aktuell wie damals. Ein wichtiger Baustein ein gerechten Weltwirtschaftsordnung ist „Fair Trade“, fairer Handel. Damit ist gemeint, dass beispielsweise die vielen kleinen Kaffee-Bauern in den Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ für ihren Rohkaffee einen Preis bekommen, von dem sie gut leben und ihre Familien versorgen können. Doch leider ist fair gehandelter Kaffee bisher die Ausnahme, denn er ist natürlich teurer als der Kaffee der großen Konzerne, die ihren Lieferanten niedrige Einkaufspreise diktieren können.

In Hamburg wollen wir nun einen Beitrag dafür leisten, dass sich dies ändert.

Hamburg geht mit gutem Beispiel voran

Als Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Entwicklungspolitik hatte ich meiner Fraktion letzten Herbst einen Antrag vorgelegt, der dafür sorgt, dass Hamburg mit gutem Beispiel vorangeht: Alle städtischen Einrichtungen und Unternehmen sollen künftig soweit möglich nur noch fair gehandelte Waren einkaufen. Sehr gefreut hat mich, dass auch die Bürgerschaft diesen Antrag einstimmig beschlossen hat.

Dabei geht es um viele Produkte: Lebensmittel, Kleidung, Rohstoffe, aber soweit möglich auch technische Produkte wie zum Beispiel Computer. Während bei einigen Lebensmittel wie Kaffee, Tee oder Bananen inzwischen gut etablierte und erprobte „Fair Trade“-Konzepte bestehen, ist das bei IT-Produkten ungleich schwieriger, denn ihre Produktion ist wesentlich komplexer und global weit verzweigt. Aber unser Anspruch ist es, auch hier durch unsere Nachfrage nach und nach die Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Asien oder Afrika gerecht zu verbessern.

Wir wollen als Stadt Hamburg also mit gutem Beispiel vorangehen. Doch dies allein reicht nicht aus.

Unternehmen und Verbraucher müssen mitmachen!

Auch Unternehmen und Verbraucher müssen die Wende weg von der „Geiz ist geil”-Mentalität, hin zu sozial fairem und nachhaltigen Handel und Konsum mitmachen. Die Unternehmen müssen bereit sein, zugunsten von fairen Einkaufspreisen bei den Ersterzeugern, also zum Beispiel den Kaffee- und Bananen-Anbauern, auf maximale Profite zu verzichten. Und die Konsumentinnen und Konsumenten müssen dafür gewonnen werden, dass es sich am Ende für alle lohnt, für ein Pfund Kaffee oder ein Smartphone etwas mehr zu bezahlen, aber dafür mehr Fairness und Gerechtigkeit weltweit zu ermöglichen.

Daher habe ich einen weiteren Vorstoß angeregt, den wir gerade prüfen: Den Erlass der Kaffeesteuer auf fair gehandelten Kaffee. Kaum jemand ist sich bewusst, dass in Deutschland (als fast einzigem Land in Europa) knapp 1,10 Euro Kaffeesteuer auf jedes Pfund Röstkaffee gezahlt werden müssen – zusätzlich zur Mehrwertsteuer. Wenn es gelingen könnte, auf diese Steuer bei nachweislich fair gehandeltem Kaffee zu verzichten, würde sich dessen Marktposition natürlich entscheidend verbessern. Denn bisher ist er deutlich teurer als konventioneller Kaffee, weil hier den Produzenten des Rohkaffees ja eben ein fairer, also höherer Preis bezahlt wird als die üblichen Marktpreise, die seit Jahren oft leider im Wortsinne Hungerpreise sind.

Wegfall der Kaffeesteuer für fair gehandelten Kaffee prüfen

Durch den Wegfall der Kaffeesteuer könnte dieser Preisnachteil zumindest teilweise ausgeglichen werden, und auch Menschen mit einem engeren Haushaltsbudget könnten sich „Fair Trade“ leisten.

Wie so oft bei sozialen Fortschritten, müssen auch bei dieser Idee noch ein paar Probleme und Hindernisse überwunden werden. Sollte uns dies gelingen – und als Partei, die dem Erbe Willy Brandts verpflichtet ist und für Gerechtigkeit auch über Landesgrenzen hinaus sorgen will, muss es uns gelingen! – werde ich Euch auf dem Laufenden halten. Über Eure Unterstützung würde ich mich freuen – denn gemeinsam schaffen wir es sicher!

Die Präsidentin

Am 22. Februar hat der Distrikt Winterhude-Nord Ursula Preuhs für 60 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt

Von Helgrit Fischer-Menzel

Die Ehrung hat die Senatorin Jutta Blankau vorgenommen, die selbst Mitglied des Distrikts ist und Ursel auch aus der Distriktsarbeit kennt. Da ich selbst Ursel seit 40 Jahren kenne, erlaube ich mir eine persönliche Ehrung, unabhängig und doch verbunden mit ihrer Lebensleistung.

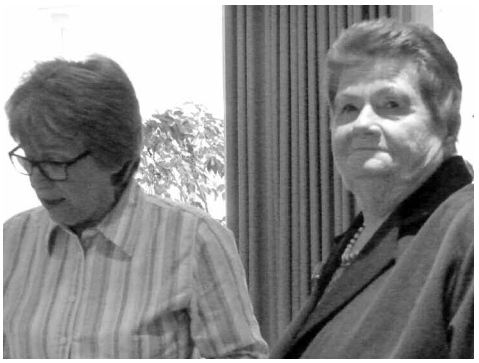
Ursel ist 1953 in die SPD in Mühlenkamp eingetreten. Da war sie, die gelernte Krankenschwester, schon einige Jahre Gewerkschaftsmitglied (damals ÖTV) und der Eintritt in die SPD war mehr ihrer Familientradition geschuldet als eigenem Wunsch. Ihr Vater Paul Preuhs war lange Distriktsvorsitzender in Mühlenkamp, Mitglied im Kreisvorstand und sozialdemokratisches Urgestein. So richtig losgegangen ist es mit Ursels Karriere im Kreis Nord als sie 1966 Bezirksabgeordnete wurde.

20 Jahre Bezirkspolitik

20 Jahre hat sie diese Aufgabe mit großer Hingabe und politischem Sachverstand wahrgenommen. Als sie 1973 – nach mehreren Wahlgängen in der eigenen Fraktion – mit einer Stimme Mehrheit für die Funktion der Vorsitzenden der Bezirksversammlung gewählt wurde, war die Sensation perfekt. Zwei Frauen gab es in der SPD-Fraktion und Ursel wurde Vorsitzende der Bezirksversammlung.

Ich weiß nicht, wer den Begriff geprägt hat, aber als ich Ursel Mitte 1973 kennenlernte, war sie schon „die Präsidentin“ und ich gebe zu, ich habe einige Monate gebraucht, bis ich begriff, dass diese Bezeichnung eine interne war und nicht die offizielle Funktionsbezeichnung. Trotzdem blieb sie für mich und viele im Kreis Nord „die Präsidentin“. Kommunalpolitisch ging im Kreis Nord nichts und wirklich nichts ohne Ursel. Als wir Jusos 1973 den „kommunalpolitischen Aufbaukreis“ gründeten, war klar, wenn wir wirklich Einfluss im Kreis Nord gewinnen wollten, brauchten wir Ursel. Damit begann eine jahrzehntelange Freundschaft mit vielen Erfolgen und auch Niederlagen.

Wer erinnert sich heute noch an die Osttangente und die stadtentwicklungspolitischen Monsterpläne für St. Georg und Ottensen? Zum Glück begann damals ein Umdenken und der Kreis Nord und Ursel Preuhs haben daran einen erheblichen Anteil. In meiner Erinnerung lief Ursel aber zu besonderer Hochform auf, wenn sie mit der eigenen Fraktion in der BV unzufrieden war, wenn die Opposition offensiv kämpfte und die SPD sich auf ihrer Mehrheit ausruhte. Sicher habe nicht nur ich vor der Sitzung dann von Ursel die Ansage bekommen, dass sie ein Mitglied aus dem Fraktionsvorstand aufrufen würde, auch wenn keine Wortmeldung vorläge. Und der ewige Kampf um Bebauungspläne, Grünflächen und Bäume. Ich habe mir sagen lassen, dass es heute noch immer so ist: Fuhlsbüttel/Langenhorn kämpft immer um zusätzliche Grünflächen und Bäume und das Kerngebiet und Barmbek/Uhlenhorst sind froh, wenn Straßenbegleitgrün entsteht und Innenhöfe begrünt werden können.



Immer nah an den Menschen – auch in der Bürgerschaft

Ohne Ursel wären die Kleingenossenschaften in Groß Borstel und in Alsterdorf nicht möglich gewesen. Ursel war immer ganz nah an den Menschen, an den Stadtteilinitiativen, wie z.B. bei der Durchsetzung des Goldbekhauses. Es war nur konsequent, dass Ursel 1986 auf einem vorderen Listenplatz für die Bürgerschaft kandidierte. Hamburg ist als Stadtstaat in einer besonderen Situation, die Entfernung zu den Problemen

sind überchaubar. Deshalb ist die große Politik immer auch eng verknüpft mit der sogenannten kleinen Politik. Das war Ursel immer wichtig und so hat sie auch im Sozial- und im Gesundheitsausschuss ihre Schwerpunkte gesetzt wie beim Kampf um die Pflegeversicherung. Nicht zuletzt war diese Bodenständigkeit auch geprägt durch ihr aktives Gewerkschaftsleben als Personalratsvorsitzende LVA. Ursel hat nach ihrem Ausscheiden aus der Bürgerschaft 1997 natürlich nicht aufgehört, Politik zu machen. Man könnte sogar sagen, sie hat erst richtig losgelegt: Bezirksseniorenrat, Landesseniorenrat, Landespflegeausschuss usw. Ursel, verzeih mir, aber Deine Aktivitäten der letzten 20 Jahre passen nun nicht mehr alle auf diese Seite! Was ist bleibend, wenn ich an Ursel denke? Ihre Menschlichkeit, ihre Offenheit und Neugier gegenüber Veränderungen, ihre Loyalität, ihre Bescheidenheit, bei Ursel eingeladen zu sein, verlangt vorher 3 Tage nichts zu essen, ihr Lachen, ihr Abo beim Ernst-Deutsch-Theater, ihr Vertrauen in die guten Seiten der Menschen, ihre Unabhängigkeit, heißt: Ursel hat immer selbst entschieden, wann sie sich verändern, neue Wege gehen wollte, politisch und privat. Für mich wird sie immer die „Präsidentin“ bleiben.

Neuaufstellung des Arbeitskreises Soziale Stadt

Von Karin Ros

Am Mittwoch den 08. Januar 2014 war es so weit! Der Arbeitskreis Soziale Stadt traf sich das erste Mal in neuer, verstärkter Konstellation. Urs Tabbert als Header unserer bisherigen produktiven Zusammenkünfte hat sich Unterstützung organisiert. Nun sind wir zu Dritt und bekanntlich ist das eine Zahl mit besonderen magischen Eigenschaften. Der Zugewinn ist ein Mehrwert aus Tobias Ernst und Karin Ros. Besonders zu erwähnen ist, dass wir bei unserem Start von sechs neugierigen und tatkräftigen sozialdemokratisch orientierten Menschen begleitet wurden. Bitte seid unsere Multiplikatoren, damit wir immer ordentlich bestückt arbeiten können um produktiv zu sein!

Wer sind wir und was können wir aus unserem Background heraus zu dem Thema der Stadtentwicklung mit sozialem Schwerpunkt beitragen?

Urs Tabbert, MdBü, stv. Kreisvorsitzender der SPD Hamburg-Nord und stv. Distriktsvorsitzender von Winterhude-Nord, bringt als Rechtsanwalt, der ehrenamtlich für den Mieterverein „Mieter helfen Mietern“ tätig ist, den rechtlichen Background mit, der für alle Fragen rund um das Wohnen, Arbeiten und Leben in der Stadt notwendig ist.

Tobias Ernst, Beisitzer im Vorstand des Distriktes Hamburg-Fuhlsbüttel, arbeitet im Bildungssektor bei Teach First Deutschland und ehrenamtlich Mitglied des Vorstands des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V., möchte sich der Stadtentwicklung im Kontext der Nachhaltigkeit widmen und hierzu besonders die Themen Biodiversität, Flächenverbrauch, ÖPNV und Klimaneutralität unter die Lupe nehmen.

Karin Ros, Bezirksabgeordnete für die SPD Hamburg-Nord, Beisitzerin im Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord und im Vorstand der SPD Winterhude-Nord, ist freischaffende Architektin und Lehrerin an einer Stadtteilschule. Ein wichtiger Aspekt der Stadtentwicklung ist die siedlungssoziologische Sichtweise. Es geht immer um Fragen der Verteilung von Licht, Luft und Raum und auch um die Qualität dieser Elemente. Wie wollen wir jetzt leben und wohnen? Wie ist der Stand der Dinge? Wie wollen wir morgen leben und wohnen? Zur Zeit verdichten wir zu Recht den vorhandenen Stadtraum um bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum für alle zu schaffen. Parallel entstehen aus dieser Situation neue Bedarfe hinsichtlich der Aufenthaltsqualität im Stadtraum.

Aus unseren unterschiedlichen Fähigkeiten, Qualitäten und Sichtweisen ergeben sich Wechselwirkungen zu Fragen des Flächenverbrauchs und der Biodiversität, zu Fragen der Verwertbarkeit, der Vermietbarkeit von Wohnraum und natürlich auch die Vernetzung von Wohnen und Arbeiten. Auf weitere Anregungen von Euch sind wir gespannt und freuen uns darauf, gemeinsam hierzu Vorschläge für unsere Stadtentwicklungspolitik zu entwickeln damit unser Hamburg seine sozialdemokratisch geprägte Städtebaustruktur behält und in moderner Weise fortschreiben kann.

Erste Aktivitäten des neu formierten Arbeitskreises wurden in unser neues Bezirkswahlprogramm eingepflegt. Wir werden uns auch mit dem Koalitionsvertrag unserer neuen Regierung kritisch und konstruktiv auseinandersetzen, unseren Standpunkt dazu klären und gegebenenfalls konstruktive Vorschläge dazu in die entsprechenden Gremien hineintragen.

Unser nächster Termin ist Mittwoch der 26.03. 2014 um 20:00 Uhr im Kreisbüro der SPD- Hamburg-Nord.

Wir freuen uns auf Euch!

Politik für Frauen von Frauen in Hamburg Nord

Neuer AsF-Vorstand in Nord. In Hamburg Nord haben die SPD Frauen einen neuen Vorstand gewählt

Vorsitzende wurde Christine Faltynek und Stellvertreterinnen sind Jenny Sobotta und Daniela Jaenecke.

Beisitzerinnen sind Andrea Rugbarth, Angelika Bester und Petra Ackmann. Alle Beisitzerinnen waren bereits in der letzten Legislatur im Vorstand.

Wir tagen monatlich und freuen uns auf alle Frauen. Termine werden auf der Homepage www.spd-hamburg-nord.de veröffentlicht.

Für eine Kinderbetreuung kann immer gesorgt werden. Bitte einfach eine Mail an faltynek@gmx.de.

Bei der gleichberechtigen Bezahlung ist Deutschland EU-Schlusslicht

Deutsche Frauen bekommen durchschnittlich 22,4 Prozent weniger Lohn als deutsche Männer

Der EU-Schnitt liegt bei 16,4 Prozent. Spitze ist Slowenien mit nur 2 Prozent. Da ist es nur recht, wenn die AsF Hamburg Nord mit dem Equal Pay Day am Freitag, den 21. März auf den Bahnhöfen in einer Aktion Morgenröte auf diese Ungleichheit aufmerksam macht. Wer von Euch Frauen mitmachen möchte, ist herzlichst zur nächsten Sitzung im Kreisbüro eingeladen.

Welche Frau wählt und welche wählt nicht?

Hamburg ist die Singlehauptstadt der Frauen

Frauen, die alleine Miete zahlen und später nur mit ihrer Rente auskommen müssen. Noch sind sie schweigsam, nicht alle gehen zur Wahl. Wir hatten bei der letzten Wahl 52 Prozent wahlberechtigte Frauen in Hamburg. Am schlechtesten erreichte die SPD Frauen zwischen 25 und 44 Jahren. Die SPD hat in Hamburg für eine verbesserte Kinderbetreuung gesorgt. Es gibt aber auch kinderlose Frauen, die erwerbstätig sind und trotzdem ihren Lebensunterhalt nicht ohne staatliche Hilfe bestreiten können. Die größte Ausgabe ist die Miete und daher müssen wir im Bezirk für bezahlbare Wohnungen auch für Singles sorgen.

Mit einem Flyer wird die AsF auf die politische Arbeit in Nord aufmerksam machen.

Abgeordnetenbüros

Ksenija Bekeris
Pestalozzistr. 21 A · 22305 Hamburg
Tel.: 51 90 69 08 · Fax: 51 90 69 10
info@ksenija-bekeris.de · www.ksenija-bekeris.de
Mitarbeiter: Alex Kleinow, Sören Tomasek
Mo. 9–13, Di. u. Fr. 9.30–13, Do. 13.30–19 Uhr
(barrierefrei erreichbar)

Anja Domres
Hegestraße 40 · 20251 Hamburg
Tel.: 6 88 92 01 60
abgeordnetenbuero@anja-domres.de
www.anja-domres.de
Mitarbeiter: Sebastian Gerdes, Jan Ohmer

Gunnar Eisold
Essener Straße 4 · VALVO-Park, Eingang D3
2 .Stock, Zi. 1.1 · 22419 Hamburg
Tel.: 52 38 87 40 · Fax: 52 38 87 58
buergerbuero@gunnareisold.de
www.gunnareisold.de
Mitarbeiter: Helgard Winkel, Godwin Eboh,
Irina Pantschenko

Daniel Gritz
Hegestraße 40 · 20251 Hamburg
Tel.: 6 88 92 01 70 · Fax: 6 88 92 01 71
Daniel.Gritz@SPD-Fraktion-Hamburg.de
Mitarbeiter: Lars Möller, Cornelius Seyfarth
Bürozeiten: Di., Mi., Bürgersprechstunde: Mo., Do.,
Fr., Sa. nach Absprache

Dorothee Martin
Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg
Tel.: 32 84 34 27 · Fax: 32 84 34 29
info@dorotheemartin.de · www.dorotheemartin.de
Mitarbeiter: Nicholas Gildemeister,
Steven von Bargen, Gabi Greguhn
Bürozeiten: Mo. 10–14, Di. 15.30–19.30, Mi. 10–14,
Do. 15.30–19.30, Sa. 10–14 Uhr

Barbara Nitruch
Borsteler Chaussee 92 · 22452 Hamburg
Tel.: 52 87 87 92 · Fax: 52 90 15 77
barbara.nitruch@spd-fraktion-hamburg.de
Mitarbeiter: Bastian Faust, Christine Faltynek

Jan Quast
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg
Tel.: 31 81 03 18 · Fax: 31 81 03 45
info@janquast.de · www. janquast.de
Mitarbeiter: Carsten Otto, Markus Hahn
(barrierefrei erreichbar)

**Wolfgang Rose, Sven Tode,
Isabella Vértes-Schütter**
Ifflandstraße 85 · 22087 Hamburg
Tel.: 61 19 83 12 · Fax: 61 19 83 13
Mail Rose: post@wolfgang-rose.info
www.wolfgang-rose.info
Mail Tode: kontakt@sven-tode.de
www.sven-tode.de
Mail Vértes-Schütter: mail@vertes-schuetter.de
www.vertes-schuetter.de
Mail Büro gesamt: spd-abg-ho-uh@web.de
Mitarbeiter: Sönke Klages, Dr. Carsten Maßmann,
Dr. Alice Otto
Täglich geöffnet

Andrea Rugbarth
Krohnstieg-Center · Krohnstieg 41, III. OG
22415 Hamburg
Tel.: 28 57 48 78/88 · Fax: 28 57 48 84
rugbarth-hh-nord@gmx.de
www.andrea-rugbarth.de
Mitarbeiter: Cornelius Seyfarth
Bürgersprechstunde: Jeden 1.+3. Fr. im Monat
12–14 Uhr, andere Termine nach telefonischer
Abstimmung
(barrierefreier Zugang von allen Ebenen
des Krohnstieg-Centers)

Urs Tabbert
Bussestraße 29 · 22299 Hamburg
Tel.: 59 35 23 93 · Fax: 59 35 23 95
urs.tabbert@spd-fraktion-hamburg.de
www.urstabbert.de
Büroleitung: Nicole Horstmann
Mitarbeiter: Nicole Horstmann, Carsten Gerloff,
Sebastian Mietzner, Benjamin Nielsen, Nils Peters
Bürokernzeiten: Mo.–Fr. 9–12 Uhr,
Di. u. Do. 18.30–20 Uhr

Sven Tode
Fuhlsbüttler Straße 458 · 22309 Hamburg
Tel.: 39 87 66 22 · Fax: 39 87 66 24
kontakt@sven-tode.de · www.sven-tode.de
Mitarbeiter: Sönke Klages, Dr. Carsten Maßmann,
Dr. Alice Otto
Mo. 10–12 und 14–17 Uhr, Mi., Do. u. Fr. 14–17 Uhr
(barrierefrei erreichbar)

Sylvia Wowretzko
Dithmarscher Straße 32 · 22049 Hamburg
Tel.: 18 06 32 41 · Fax: 57 01 93 24
kontakt@wowretzko.de · www.wowretzko.de
Mitarbeiter: Sabine Bödeker, Alexander Kleinow,
Patricia Kürzinger
Di. 13–18 Uhr, Do. 9–17 Uhr
(barrierefrei)

Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender			
Tschentscher	Peter	4 60 30 42	p.tschentscher@hamburg.de
stellv. Vorsitzende			
Bekeris	Ksenija	01 63/2 69 20 20	ksenijabekeris@yahoo.de
Tabbert	Urs	01 79/5 05 91 56	ra.tabbert@rechtfair.com
Schatzmeister			
Bornhöft	Ralph	4 28 39-48 20	ralph.bornhoeft@gmx.eu
BeisitzerInnen			
Klages	Sönke	01 57/71 33 03 90	soenke.klages@yahoo.de
Mess	Christine	5 33 98 44	chmess@aol.com
Wowretzko	Sylvia	2 27 67 02	wowretzko@gmx.de

Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand

Buter	Maria	2 27 88 06	maria.buter@web.de
Ermes	Kai	2 70 00 88	kai.ermes@email.de
Näther	Jürgen	01 76/48 12 75 89	juergen.naether@gmx.de
Ros	Karin	01 76/49 77 11 62	ros.karin@alice-dsl.de
Rugbarth	Andrea	01 74/9 16 32 52	andrea.rugbarth@gmx.de

Distriktsvorsitzende

Langenhorn-Nord			
Greguhn	Gabi	01 73/2 97 13 11	gabi.greguhn@gmx.de
Langenhorn-Süd			
Malik	Gulfam	01 79/3 90 74 49	tmgulfam_malik@hotmail.com
Fuhlsbüttel			
Eisold	Gunnar	01 76/48 21 18 90	gunnar@gunnareisold.de
Groß Borstel			
Nitruch	Barbara	52 87 87 92	barbara.nitruch@t-online.de
Eppendorf			
Freitag	Jan	88 88 87 77	Freitag@Kanzlei-Michaelis.de
Winterhude-Nord			
Seyfarth	Cornelius	01 76/20 22 90 05	Montefeltro@gmx.net
Jarrestadt			
Hahn	Markus	01 63/9 83 13 30	info@hahn-markus.de
Mühlenkamp			
Mellies	Dirk	01 60/96 25 47 51	dirkmellies@googlemail.com
Barmbek-Nord/Dulsberg			
Wendt	Rüdiger	01 70/8 57 52 02	wendtib@gmx.de
Barmbek-Mitte			
Kleinow	Alex	01 51/40 52 13 87	alex@kleinow.org
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde			
Tode	Sven	25 49 73 73	spd-buh@sven-tode.de

Weitere Mitglieder im Kreisvorstand

ASF			
Ackmann	Petra	01 76/48 37 93 23	petra@ackmann.info
60plus			
Winkel	Helgard	01 71/7 88 38 09	huschke@wtnet.de
Bezirksfraktion			
Bester	Angelika	01 72/4 53 99 66	angelika.bester@t-online.de
Jusos			
Schmidt	Phillipp		phillip.schmidt@law-school.de

Mitglieder des Landesvorstands aus Nord

Damerau	Inka	64 20 25 32	inka.damerau@t-online.de
Rose	Wolfgang	2 29 91 94	rose@wolfgang-rose.info

Peter Tschentscher, Ksenija Bekeris und Sönke Klages: Kontakt siehe oben!

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg

INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

Wir sprechen mit Ihnen und
helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Di., Mi., Do. 14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/-0
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg

Kreisbüro der SPD
Hamburg-Nord
Am Hasenberge 44
Tel. 4 60 30 42

Termine (Auswahl):

19. März, 19 Uhr:
AsF (Kreisbüro)

26. März, 20 Uhr:
AK Soziale Stadt (Kreisbüro)

28. März, 18 Uhr:
Kreisvorstand (Kreisbüro)

29. März, 14 Uhr:
Auftakt zum Europawahlkampf mit Martin Schulz, Olaf Scholz und Knut Fleckenstein, „Kampnagel", Jarrestraße, 20, 22303 Hamburg

11. April:
Kreisdelegiertenversammlung mit Organisationswahlen

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord:
Aktuelle Termine findet Ihr immer unter www.spd-hamburg-nord.de/termine

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 40): 01.06.2014. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagsmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

Post: Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Möllner Landstr. 20, 22111 Hamburg
E-Mail: ra.tabbert@rechtfair.com
Telefon: Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

Herausgeber:
SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg-nord.de
V.i.S.d.P.: Peter Tschentscher
Redaktion: Urs Tabbert
Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Gestaltung: Kreativ-Schmie.de, Hamburg, www.kreativ-schmie.de
Bilder: S. 1 © Sebastian Mietzner, S. 2 © Peter Tschentscher, S. 3 © Carsten Gerloff/Heike Lucas, S. 4 © Thomas Domres/s. Plan, S. 5 © Alexander Kleinow, S. 6 © s. Bild/Sven Tode, S. 7 © Lutz Hoffmann, S. 8 © Karin Ros, S. 9 © Christine Faltynek
Druck: Flyeralarm, flyeralarm.de